

Die Entwicklung der Agrareinkommen in der Europäischen Gemeinschaft Nationale Bestimmungsfaktoren noch vorherrschend

Die Veröffentlichung weitgehend einheitlich abgegrenzter landwirtschaftlicher Gesamtrechnungen¹ für alle Länder der Europäischen Gemeinschaft erlaubt es zum ersten Mal, Niveau und Entwicklung der landwirtschaftlichen Wertschöpfung dieser Länder und ihre Komponenten zu vergleichen². Zugleich bietet sie die Gelegenheit, die gemeinsame Preis- und Einkommenspolitik für den Agrarsektor kritisch zu würdigen.

Nominal und je Erwerbtätigen hat die landwirtschaftliche Bruttowertschöpfung (zu Marktpreisen) seit 1970 sehr stark zugenommen. Am unteren Ende der Skala mit durchschnittlich jährlich gut 10 vH (von 1970 bis 1976) finden sich die Bundesrepublik Deutschland, die Niederlande und Luxemburg. Dem stehen hohe Zuwachsraten von 19 vH für Italien und Irland – Länder mit relativ niedrigem Agrareinkommen – sowie von 26 vH für Großbritannien gegenüber.

Zu Preisen von 1970 gerechnet, zeigt sich eine weniger divergierende Entwicklung. Die rascheste Steigerung der Bruttowertschöpfung verzeichnete mit jährlich 4,4 vH Großbritannien, während in Frankreich und Irland lediglich Raten von 2,5 bzw. 2,2 vH erreicht wurden. Wichtiger zur Beurteilung der realen Ein-

kommenslage der Landwirte ist indes eine Betrachtung derjenigen Zuwachsraten, die sich ergeben, wenn die nominale Einkommensentwicklung³ um den Anstieg der Lebenshaltungskosten bereinigt wird. Hier reicht das Entwicklungstempo von – 0,6 vH (Irland) bis 10,7 vH (Großbritannien). Relativ hohe Zuwachsraten errechnen sich für Italien, Belgien und die Bundesrepublik Deutschland, relativ geringe für die Niederlande, Frankreich, Luxemburg und Dänemark. Insgesamt akzentuieren sich die Unterschiede bei dieser Betrachtung also noch.

Starke Divergenz der Erzeuger- und Vorleistungspreise

Zu einem geringen Teil dürften Struktureffekte zu den Divergenzen im nominalen Einkommensanstieg beigetragen haben; sie sind dadurch bedingt, daß in der landwirtschaftlichen Enderzeugung Produktgrup-

¹ Eurostat: Landwirtschaftliche Gesamtrechnung 1976. Luxemburg 1977.

² Ein Niveauvergleich der Einkommen wird in Heft 4/1977 der Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW vorgenommen.

³ Die hier als einziges statistisch belegtes Einkommensmaß verwendete Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen repräsentiert allerdings nur bedingt das verfügbare Einkommen der landwirtschaftlichen Haushalte.

Komponenten der landwirtschaftlichen Einkommensentwicklung je Erwerbstätigen (1970 bis 1976)¹⁾

	Bundes- repu- blik	Frank- reich	Italien	Nieder- lande	Belgien	Luxem- burg	Vereinig- t. König- reich	Irland	Däne- mark
	Durchschnittliche jährliche Veränderung in vH								
Volumen der Endproduktion Preisindex der Endproduktion 2)	3.8 7.1	4.1 9.7	4.6 15.1	4.8 7.0	4.7 8.3	5.2 8.0	2.0 18.1	1.1 18.2	3.7 8.5
Volumen der Vorleistungen Preisindex der Vorleistungen 2)	4.3 7.0	7.3 11.6	7.5 15.3	6.4 6.9	8.6 6.9	17.3 8.6	0.2 16.6	-0.2 23.8	0.7 12.8
Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen zu jeweiligen Preisen zu Preisen von 1970, kaufkraftbereinigt 3)	10.5 3.6 4.4	11.4 2.5 2.3	19.5 3.7 6.5	10.7 3.6 1.8	14.9 3.9 5.9	10.6 3.2 2.7	25.8 4.4 10.7	18.6 2.2 -0.6	12.6 3.1 3.1
	Multiplikatoren								
Erlösmultiplikator (e) ⁴⁾ Kostenmultiplikator (k) ⁴⁾	1.94 0.94	1.53 0.53	1.35 0.35	1.92 0.92	2.17 1.17	1.73 0.73	2.24 1.24	1.55 0.55	1.90 0.90

1) Irland 1973 bis 1976.- 2) Durchschnittswerte.- 3) Nominalentwicklung deflationiert mit dem Lebenshaltungskostenindex.

$$4) e_t = \frac{1}{1 - q_t V_t / p_t X_t}; k_t = \frac{1}{p_t X_t / q_t V_t - 1}$$

Die Multiplikatoren sind Bestandteile folgender definitorischer Einkommenveränderungsgleichung:

$$1 + \frac{d(E_t/A_t)}{E_t/A_t} = e_t \left[1 + dp_t/p_t \right] \left[1 + \frac{d(X_t/A_t)}{X_t/A_t} \right] - k_t \left[1 + dq_t/q_t \right] \left[1 + \frac{d(V_t/A_t)}{V_t/A_t} \right]$$

Dabei bedeuten: E_t =Bruttowertschöpfung der Periode t zu jeweiligen Preisen; A_t =Zahl der Erwerbstätigen; X_t =Endproduktion zu Preisen von 1970; p_t =Durchschnittlicher Preis der Endproduktion (Index auf der Basis 1970); V_t =Vorleistungen zu Preisen von 1970; q_t =Durchschnittlicher Preis der Vorleistungen (Index auf der Basis 1970).

Quellen: Eurostat, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, 1976.- Berechnungen des DIW.

pen mit schwacher und starker administrierter Preis- anhebung länderweise ein unterschiedliches Gewicht haben. Hauptursache waren vielmehr die durch nationale Unterschiede im Inflationstempo bedingten Wechselkursveränderungen: Wegen der Bindung der administrierten Preise für Marktordnungsprodukte an die Rechnungseinheit schlugen Wechselkursänderungen – soweit sie nicht durch kompensierende Maßnahmen (Währungsausgleich) aufgefangen werden – unmittelbar auf das nationale Erzeugerpreisniveau durch. So hat der Kursverfall der Lira und des Pfundes in Italien und Großbritannien eine kräftige Anhebung des durchschnittlichen Stützungs-niveaus für Agrarprodukte nach sich gezogen und zu Preissteigerungen für den Verbraucher geführt. In Großbritannien werden diese Tendenzen noch dadurch verstärkt, daß die britischen Erzeugerpreise im Rahmen der Beitrittsmodalitäten schrittweise an das höhere EG-Niveau angepaßt werden. In der Bundesrepublik dagegen wurde der Preis-auftrieb durch die DM-Aufwertungen gedämpft.

Auch die Vorleistungspreise stiegen im lang-jährigen Trend sehr stark unterschiedlich. Sie sind un-mittelbar Ausdruck des allgemeinen Inflationstempes in den einzelnen Mitgliedstaaten, während bei den Erzeugerpreisen der Steigerungseffekt im System der diskretionären Preisgestaltung – bei gleichzeitiger Bindung der Preise an die Rechnungseinheit – begründet ist.

Schwächerer Einfluß der mengenmäßigen Entwicklung

Der Einfluß des Preis-auftriebs auf die Einkommensentwicklung war auch stärker als der des Anstiegs der Endproduktion und der Vorleistungen. Im Beobachtungszeitraum erreichten die jährlichen Steigerungsraten des Output je Erwerbstätigen in den EG-Ländern – mit Ausnahme Großbritanniens, wo bereits ein sehr hohes Produktivitätsniveau erreicht ist, und Irlands⁴ – 4 bis 5 vH.

⁴ Durchschnitt der Jahre 1974 bis 1976.

Währungsausgleich in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft

in vH¹⁾

Land	1972	1973	1974	1975	1976 ²⁾
Bundesrepublik Deutschland	+ 8.12	+ 9.39	+ 12.03	+ 10.35	+ 9.7
Frankreich	+ 2.83	+ 0,57	- 8.05	- 1.82	- 8.9
Italien	+ 3.38	- 14.06	- 6.66	- 1.21	- 9.7
Niederlande	+ 6.33	+ 3.26	+ 2.70	+ 2.12	+ 1.4
Belgien	+ 6.33	+ 3.26	+ 2.70	+ 2.12	+ 1.4
Luxemburg	+ 6.33	+ 3.26	+ 2.70	+ 2.12	+ 1.4
Vereinigtes Königreich	—	- 9.39	- 12.97	- 12.53	- 20.7
Irland	—	- 9.39	- 12.25	- 7.88	- 15.0
Dänemark	—	—	—	—	- 0

1) Auf Importe durchschnittlich erhobener (+) bzw. gewährter (-) Betrag in vH der inländischen Interventionspreise, Jahresdurchschnitte. - 2) Schätzungen des DIW.

Quellen: Eurostat, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung, 1976. - DIW.

Weniger einheitlich als die Produktivität entwickelte sich die Vorleistungsintensität. Die Beitrittsländer Großbritannien, Dänemark und Irland haben ihren landwirtschaftlichen Input – vermutlich wegen der starken Verteuerung – real kaum verändert, während die realen Vorleistungen in den übrigen Ländern rasch zugenommen haben.

Erlös-Kostenrelation wesentliche Determinante der Einkommensentwicklung

Die Wirkung von Preis- und Mengenveränderungen auf Erlöse und Kosten und damit auf die Einkommensentwicklung wird durch die Höhe der Vorleistungsquoten bestimmt. Je höher der Anteil der Vorleistungen an der Endproduktion ist, desto größer ist der „Erlösmultiplikator“ (vgl. Formel in der Tabelle). Hierin liegt eine der wesentlichen Ursachen dafür, daß der EG-Ministerrat entgegen der ursprünglichen Intention mehr und mehr zu länderweise diffe-

renzierten Anhebungen der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise übergehen mußte.

Besonders hoch ist der Erlösmultiplikator in Belgien und Großbritannien, am geringsten ist er in Italien. Schlägt eine Erzeugerpreis- oder Produktivitätssteigerung von 5 vH in Großbritannien unter sonst gleichen Bedingungen beim Agrareinkommen mit 11 vH und in der Bundesrepublik Deutschland mit 10 vH zu Buche, so haben die Landwirte in Irland und Frankreich nur etwa 8 vH, in Italien nur 7 vH mehr Einkommen zu verzeichnen.

In den unterschiedlichen Relationen kommen die Effizienz und der Entwicklungsstand des landwirtschaftlichen Bereichs deutlich zum Ausdruck: Treffen ein geringer Anteil der Vorleistungen an der Endproduktion und ein niedriges Einkommensniveau – beispielsweise in Italien und Irland – zusammen, so spricht dies dafür, daß der Grad der Arbeitstei-

lung mit der übrigen Wirtschaft, damit aber gleichzeitig die Effizienz der Agrarproduktion und die Einkommen, gesteigert werden könnten.

Entgegengesetzt wirkt der „Kostenmultiplikator“: Die Landwirte in Ländern mit hohem Vorleistungsanteil büßen im Vergleich mit anderen Ländern relativ mehr an Einkommenszuwachs ein, wenn sich hier wie dort die Produktionskosten um denselben Prozentsatz erhöhen. Aus diesem Grunde wirkt sich eine Preis- und/oder Mengensteigerung im Vorleistungsbereich in Großbritannien und in Belgien sehr viel ungünstiger auf das Einkommen aus als in Frankreich, Irland und Italien. Nahezu proportional mit der Kostensteigerung verringern sich die Einkommen der Landwirte in der Bundesrepublik, den Niederlanden und Dänemark.

Ausblick

Bei der ausgeprägten Divergenz der einkommensgestaltenden Faktoren nimmt es nicht wunder, daß die jährlichen EG-Agrarpreisrunden immer schwieriger werden. Insbesondere verschärft sich der Konflikt zwischen dem stark inflationsgefährdeten Großbritannien, das nur geringfügige Erzeugerpreisanhebungen hinzunehmen bereit ist, und den meisten seiner EG-Partner, bei denen die Einkommenssicherung für die Landwirte einen größeren Stellenwert hat. Damit wird die gemeinsame Agrarpolitik immer mehr zu einer Fiktion. Der internationale Vergleich der Einkommensdeterminanten zeigt, daß die Entwicklung weitgehend von nationalen Besonderheiten geprägt wird. Diese Besonderheiten ergeben sich

größtenteils aus dem Zusammenhang mit den übrigen Bereichen der betreffenden Volkswirtschaft. Da hier eine Konvergenz nicht abzusehen ist, wird der Einsatz immer neuer Korrekturmechanismen erforderlich, die für die Gemeinschaft jedoch wachsende Brisanz entfalten.

Bei dieser Sachlage sollte man nicht länger so verfahren, als ließen sich die Bereiche Landwirtschaft und Ernährung ständig von der übrigen Wirtschaft isolieren. Wenn es einer Volkswirtschaft wie Großbritannien nicht gelingt, ihr Inflationsproblem zu lösen, so ist es auf Dauer ökonomisch nicht vertretbar, die Nahrungsmittelpreise durch eine ständige Anhebung des Währungsausgleichs künstlich niedrig zu halten. Auf der anderen Seite darf nicht — indem man auf aufwertungsbedingte Agrarpreissenkungen verzichtet — verhindert werden, daß sich Produktionen zu Standorten in anderen EG-Ländern verlagern, die bei den gegebenen Wechselkursrelationen kostengünstiger sind. Für die nominale Entwicklung der Agrareinkommen hätte dies eine noch stärkere Divergenz zur Folge, als sie in den letzten Jahren zu beobachten war. Vor allem die britischen, aber auch die irischen, italienischen und französischen Erzeuger hätten zum Teil erhebliche Einkommenssteigerungen zu erwarten. Dagegen würden die Agrareinkommen in der Bundesrepublik Deutschland kaum und in den Benelux-Ländern nur geringfügig steigen. Um die sozialen Härten einerseits, die inflatorischen Wirkungen andererseits gering zu halten, sollte die Anpassung — wie es zum Teil ja auch schon geschieht — schrittweise vollzogen werden.

Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern

Grundsätze und Probleme

Die Intensivierung von Süd-Süd-Beziehungen gilt bereits seit Beginn der entwicklungspolitischen Diskussionen als ein wichtiges Instrument, mit dem wirtschaftlicher Fortschritt und politische Emanzipation der traditionell „peripheren Länder“ gefördert werden sollen. In den Diskussionen über eine Neue Weltwirtschaftsordnung haben diese Aspekte besonderes Gewicht erhalten. Sind mit den Forderungen nach „kollektiver Autonomie“ auch Akzente ins Spiel gekommen, die den Interessen der Industrieländer zuwiderlaufen (Aufbau von Gegenmacht z. B. durch Erzeugerkartelle), so stehen die prinzipiellen Argumente für eine Forcierung der Süd-Süd-Beziehungen doch überwiegend im Einklang mit dem, was auch von den Industrieländern unter einer Verbesserung weltwirtschaftlicher Beziehungen verstanden wird.

Dies gilt insbesondere im Hinblick auf den „klassischen“ Zusammenhang zwischen Marktgröße, Industrialisierung, Außenhandel und Kapitalbewegungen: Durch intensivere Zusammenarbeit könnten die Entwicklungsländer auch für die Industrieländer zu attraktiveren Partnern werden. Mit wachsendem Nachdruck wird darüber hinaus auf Vorteile technischer Kooperation zwischen Entwicklungsländern hingewiesen. Die wechselseitige Nutzung spezifischen Know-hows – viele Entwicklungsländer verfügen bereits über ein beachtliches Experten- und Erfahrungspotential – kommt der Forderung nach Übertragung adäquater Technologien entgegen und verspricht entscheidende Beiträge zur Identifizierung gemeinsamer Projekte und intensiverer Handels- und Dienstleistungsbeziehungen. In dem Maße, wie sich die Entwicklungsländer mit relativ einfachen Produkten und Technologien untereinander versorgen, könnten sie ihre Importe aus den Industrieländern zugunsten von Gütern und Diensten umschichten, bei denen die Industrieländer besonders qualifizierte Leistungen bieten.

Die Diskrepanz zwischen postulierten Zielen und tatsächlichen Fortschritten ist hier allerdings noch größer als auf den meisten übrigen entwicklungspolitischen Feldern. Die von den Entwicklun-

gsländern ergriffenen Initiativen – es gibt schon zahlreiche Ansätze für regionale Kooperation – haben, wenn sie überhaupt praktisch wirksam geworden sind, bislang bei weitem nicht die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Erfolgshemmend sind vor allem:

- die Furcht, von den Partnern übervorteilt zu werden, genährt durch Entwicklungsunterschiede innerhalb der Dritten Welt sowie durch zum Teil extremen Nationalismus;
- Zweifel am Liefer- und Qualitätspotential anderer Entwicklungsländer sowohl wegen mangelnder Informationen als auch wegen zum Teil irrationaler Wertschätzung von Konsum- und Investitionsgütern sowie Dienstleistungen und Technologien aus Industrieländern;
- einflußstarke Interessen inländischer und ausländischer Handelshäuser aufgrund eingespielter Einkaufs- und Vertriebssysteme.

In den Industrieländern dient diese wenig ermutigende Szenerie eher als ein Alibi für mangelndes Engagement denn als Hinweis darauf, daß eine Überwindung dieser Engpässe – analog zu allen entwicklungspolitischen Aufgaben – gezielte Unterstützung gerade voraussetzt. Sie könnte erfolgreich sein, wenn die Industrieländer regionalen Projekten grundsätzlich Priorität vor nur nationalen einräumen, verstärkt regionale Entwicklungsinstitutionen einschalten und dabei regionale Forschung, Projektbestimmung und Projekträgerchaft ermutigen würden. Ferner müßte darauf geachtet werden, daß für „integrative“ Entwicklungsvorhaben insgesamt mehr finanzielle und technische Auslandshilfen mobilisiert werden, als die beteiligten Länder zusammen erhielten, wenn nur nationale Projekte gefördert würden. Dabei müßten die rückständigsten Länder relativ begünstigt werden. Außerdem sollten die Auslandsmittel bevorzugt einer koordinierten Diversifizierung dienen, damit komplementäre Aktivitäten entwickelt werden können, oder diese Mittel müßten für den Ausbau grenzübergreifender Infrastruktur eingesetzt werden, um die intraregionale Kommunikation zu erleichtern.

Ansätze

Eine Schlüsselrolle für die Intensivierung von Süd-Süd-Beziehungen und insbesondere auch für die Kanalisierung finanzieller und personeller Unterstützung durch die Industrieländer spielen internationale Institutionen.

So hat die Europäische Gemeinschaft beim Lomé-Vertrag mit den AKP-Ländern – das sind inzwischen über 50 Länder Afrikas sowie des karibischen und des pazifischen Raumes – schon durch ihre Verhandlungsführung einen beachtlichen Beitrag zur wechselseitigen Annäherung dieser in jeder Hinsicht äußerst heterogenen Länder geleistet, die in der Mehrzahl wegen geringer individueller Wirtschaftskraft auf Zusammenarbeit untereinander besonders angewiesen sind. Die Gemeinschaft hat zudem 10 vH ihrer Entwicklungshilfe an die AKP-Staaten (4. Europäischer Entwicklungsfonds) ausdrücklich für integrative Zwecke reserviert, leistet im Rahmen des AKP-Industrialisierungszentrums Unterstützung bei der Klärung, Vorbereitung und Administration entsprechender Projekte und fördert industrielle Integration schließlich durch das handelspolitische Instrument der „kumulativen Ursprungsregelung“, nach der bestimmte Ländergruppen zolltechnisch jeweils wie ein Wirtschaftsraum behandelt werden.

Im Bereich der Vereinten Nationen fördert vor allem deren Entwicklungsprogramm (UNDP) gemeinsam mit regionalen UN-Unterorganisationen schon seit längerem übernationale Projekte; 15 vH der UNDP-Mittel wurden dafür reserviert. Neuerdings soll mit dem UNDP auch die technische Kooperation zwischen den Entwicklungsländern (TCDC) gefördert werden; im Hinblick auf eine Weltkonferenz zu diesem Thema (1978 in Buenos Aires) konzentrieren sich die Arbeiten derzeit auf eine Bestandsaufnahme bisheriger Aktivitäten, die Evaluierung vorhandener Kapazitäten und Engpässe sowie die Formulierung künftiger Möglichkeiten. Mit ähnlichen Aktivitäten fördert die Handels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern (ECDC). Ansätze für eine speziell industrielle Süd-Süd-Kooperation werden ferner von der Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO) verfolgt.

Mit grundsätzlicher Priorität, faktisch allerdings recht unterschiedlicher Intensität, wird wirtschaftliche Integration auch von regionalen Entwicklungsbanken gefördert. Diese beschränken sich leider noch überwiegend auf bloße Projektfinanzierung und entfalten erst vereinzelt Initiativen zur Projektfindung. Teilweise stimulieren sie Beziehungen zwischen ihren Mitgliedsländern auch dadurch, daß sie bei nationalen Projekten, in denen sie in der Regel hauptsächlich engagiert sind, versuchen, Zulieferungen aus anderen Ländern der Region zu begünstigen, etwa durch gezielte Ausschreibungen oder Gewährung eines Bonus für Mitgliedsländer (d. h. bei gleicher Qualität werden bis zu einer gewissen Marge Angebote aus Ländern der Region auch bei höheren Kosten bevorzugt). Regionale Entwicklungsbanken verwalten neben ordentlichen Kapitaleinlagen multilateraler und nationaler Organisationen, die nicht zu ihrem regionalen Aktionsbereich gehören, zum Teil auch zweckgebundene, d. h. hier: speziell für die Förderung von Süd-Süd-Beziehungen bestimmte Mittel einzelner Industrieländer; sie vermitteln ferner, ebenso wie andere internationale Organisationen, Projektvorschläge mit integrativem Bezug an nationale Entwicklungshilfe-Institutionen zur Mitfinanzierung oder auch ausschließlich Förderung.

Entwicklungspolitische Empfehlungen

Das Gewicht all dieser Aktivitäten ist bisher freilich gering. Die institutionellen Ansätze sind erst schwach entwickelt und stehen noch in keinem Verhältnis zu den Absichtserklärungen. Es wäre zu wünschen, daß die Bundesrepublik

- der Förderung von Süd-Süd-Beziehungen in ihrer entwicklungspolitischen Konzeption einen besonderen Platz einräumt, und zwar nicht nur verbal, sondern durch Vorgabe entsprechender Richtwerte für Kapitalhilfe und Technische Hilfe. Mit der Festlegung auf quantitative Richtlinien wird nicht nur die Glaubwürdigkeit von Absichtserklärungen erhöht, sondern es wird auch die administrative Ausfüllung von Grundsatzentscheidungen erleichtert.
- auf der multilateralen Ebene, also insbesondere auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft, im

Europäisch-Arabischen Dialog, im UN-Bereich und auch auf der KIWZ, entsprechende Initiativen ergreift und jedenfalls bereits vorhandene Aktivitäten ideell, finanziell und personell mit Nachdruck unterstützt;

- ihre multilateralen Mittel durch Umschichtungen, besser aber durch Aufstockungen, in diesem Sinne ausweitet und namentlich regionale Entwicklungsbanken sowie integrative Programme des UNDP verstärkt unterstützt. Für eine entsprechende Zweckbindung multilateraler Hilfe bieten sich insbesondere Treuhandfonds sowie Kofinanzierungen an. Darüber hinaus sollte die Finanzierung regionaler Zahlungsbilanzdefizite durch Kapitalhilfe ins Auge gefaßt werden;
- integrative Aspekte stärker auch in ihre bilaterale Projektpolitik einbezieht, z. B. Projektfindung und -auswahl im Hinblick auf länderübergreifende Programme betreibt (hier vor allem nach dem Vorbild regionaler Bewässerungs-, Infrastruktur- und Kommunikationsprogramme; ferner im Hinblick auf großräumigere Wirtschaftsinteressen von Ölländern);
- das Ausschreibungsverfahren bei der Kapitalhilfe stärker zugunsten von Entwicklungsländern ausgestaltet und zugleich Maßnahmen ergreift, um diese Länder auch verstärkt bei Technischer Hilfe zum Zuge kommen zu lassen. Auch sollten Investitionsbörsen auf regionaler Ebene gefördert werden.

Mit diesen Empfehlungen soll nicht suggeriert werden, daß sie unproblematisch oder leicht zu realisieren seien. Vielmehr spricht manches dafür, daß hier noch größere Anstrengungen erforderlich und spektakuläre oder rasche Erfolge noch weniger zu erwarten sind als auf den traditionellen Ebenen der Entwicklungspolitik. Es dürfte trotzdem der Mühe wert sein, Ansätze konsequent auszubauen, Initiativen – wenn auch nicht unkritisch aufzugreifen, so doch mit Priorität – zu prüfen und ihnen nach Möglichkeit zu entsprechen.

Eine in diesem Sinne demonstrative Haltung könnte, abgesehen von ihrer spezifisch entwicklungs politischen Rechtfertigung, das Klima zwischen Industrie- und Entwicklungsländern schon deshalb verbessern, weil ein besonderes Engagement der Industrieländer in dieser Richtung von den Entwicklungsländern kaum erwartet wird. Die Stärkung von „collective self-reliance“ unter integrativem Blickwinkel wäre, da sie letztlich auch dem Eigeninteresse der Industrieländer dient, eine angemessene Alternative zu jenen Konfrontationsvarianten dieser Strategie, wie sie im Rahmen der derzeitigen Rohstoff-Debatten von den Entwicklungsländern verfolgt werden. Es wäre zudem ein Förderungsbereich, in dem der Eigenverantwortlichkeit der Dritten Welt für ihre Entwicklungsprobleme besonders Rechnung getragen werden kann. Eine intensivere Zusammenarbeit dieser Länder untereinander könnte dazu beitragen, übertriebene Erwartungshaltungen gegenüber den Industrieländern zu verringern.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5. Seit Mitte 1975 sind erschienen:

- Nr. 106 **Inflations- und Strukturwirkungen von Verteilungs- und Verwendungskonflikten in den vier großen EG-Ländern.** Von M. Teschner. 162 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 107 **Verteilung von Entwicklungshilfe nach Empfängerländern: Probleme der Formulierung operationaler entwicklungsbezogener Strategien.** Von Hans J. Petersen. 131 S. 1975. DM 48,60.
- Nr. 108 **Die Entwicklung des Lebensstandards in den osteuropäischen Ländern.** Von M. E. Ruban, M. Lodahl, H. Machowski, H. Vortmann. 176 S. 1975. DM 54,60.
- Nr. 109 **Verkehrswege und Ersatzbedarf.** Von B. Bartholmai. 125 S. 1975. DM 38,60.
- Nr. 110 **Modelle der Bevölkerungsentwicklung in Berlin (West) bis zum Jahre 1990.** Von P. Ring und I. Pfeiffer. 115 S. 1975. DM 26,60.
- Nr. 111 **Filmförderung in der Bundesrepublik Deutschland — Versuch einer Erfolgskontrolle der Subventionspolitik.** Von B. Dreher. 268 S. 1976. DM 69,60.
- Nr. 112 **Alternative Entscheidungsstrukturen in einer Wirtschafts- und Währungsunion.** Von F. Franzmeyer. 70 S. 1976. DM 19,60.
- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von U. Dolinski und H.-J. Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von D. Cornelsen, H. Machowski und K. E. Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit der Bundesrepublik Deutschland.** Von H. Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977.

Im Druck:

- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D 1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Dr. Karl König
Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Günther John,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Reinhold Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter
Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich
Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Die Entwicklung der Agrareinkommen in der Europäischen Gemeinschaft. Nationale Bestimmungsaktoren noch vorherrschend bearbeitet von Peter Hrubesch. — *Förderung einer engeren Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern* bearbeitet von Hans J. Petersen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D 1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangaben zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D 1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.